

Mental Health ist Bildungsgerechtigkeit! Psychische Gesundheit in Schulen endlich ernst nehmen

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

Die GRÜNE JUGEND NRW fordert die Landesregierung auf, psychische Gesundheit als festen Bestandteil einer gerechten Bildungspolitik zu verankern und umfassende Maßnahmen zur Förderung mentaler Gesundheit an Schulen umzusetzen.

Konkret fordern wir:

1. Psychosoziale Fachkräfte an ALLEN Schulen

Keine Schule in NRW sollte ohne eine feste psychosoziale Fachkraft auskommen müssen. Eine Person, die zuhört, begleitet und im Notfall weiterhilft (z. B. Schulpsycholog*in, Sozialarbeiter*in). Diese Unterstützung muss landesweit dauerhaft finanziert werden und darf nicht von befristeten Programmen abhängen.

2. Prävention und Aufklärung im Schulalltag

Mentale Gesundheit soll selbstverständlicher Teil des Schulalltags sein. Regelmäßige Workshops zu Stressbewältigung, Achtsamkeit, Depression und Angststörungen sollen verbindlich stattfinden und gemeinsam mit Schüler*innenvertretungen, Fachstellen und der Wissenschaft entwickelt werden. Prävention bedeutet auch, den Druck rauszunehmen. Schule darf kein Ort sein, an dem sich alles nur um Noten dreht. Wir wollen, dass Schüler*innen lernen können, ohne Angst zu versagen. Bestehende Projekte zur Stressreduktion und zum Abbau von Leistungsdruck sollen weiterentwickelt und wissenschaftlich evaluiert werden.

3. Fortbildungen für Lehrkräfte und Schulpersonal

Lehrkräfte nehmen früh wahr, wenn etwas nicht stimmt. Doch oft fehlt ihnen Sicherheit im Umgang. Verbindliche, praxisnahe Fortbildungen sollen Grundlagen zum Erkennen, Ansprechen und Weitervermitteln bei psychischen Belastungen bringen; ergänzt um Kenntnisse zu psychologischer Ersthilfe, Burnout-Prävention und diskriminierungssensiblem Handeln, insbesondere mit Blick auf queere Schüler*innen und Schüler*innen aus marginalisierten Gruppen.

4. Offener Umgang mit psychischer Gesundheit

Schulen sollen Orte sein, an denen über seelische Belastungen offen gesprochen werden kann. Eine landesweite Informations- und Sensibilisierungskampagne soll gemeinsam mit Schüler*innen entwickelt werden, um Wissen zu vermitteln und Hemmschwellen beim Hilfesuchen abzubauen.

5. Schneller Zugang zu Unterstützung

Schulen sollen feste Kooperationen mit Beratungsstellen, Therapeut*innen und der Jugendhilfe aufbauen. Schulpsycholog*innen oder Sozialarbeiter*innen sollen Schüler*innen gezielt an passende Unterstützungsangebote vermitteln können. Dass Hilfesuchende aufgrund von langen Wartezeiten oder unklaren Zuständigkeiten keine Hilfe erlangen, dürfen wir nicht länger hinnehmen.

6. Langfristige Verankerung im Schulgesetz

Langfristig soll der Schutz und die Förderung psychischer Gesundheit von Schüler*innen und Lehrkräften ausdrücklich im Schulgesetz NRW, gleichrangig mit körperlicher Gesundheit und Bildungsgerechtigkeit, verankert werden. Das schafft Verbindlichkeit und Planungssicherheit.